



ZMS BW

**Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr**

Wie wehrbereit ist die deutsche Bevölkerung?

Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild
in der Bundesrepublik Deutschland 2026

Timo Graf

Forschungsbericht 140

Impressum

Herausgeber: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr
Verantwortlich für den Inhalt ist der Autor
Redaktionsschluss ist der 14. Juli 2026
Anschrift: Zeppelinstraße 127/128, Potsdam 14471
Tel.: 0331 9714 404
E-Mail: timograf@bundeswehr.org
www.zms.bundeswehr.de

© ZMSBw 2026
Projektnummer: 7141-06

Druck und Vertrieb im Auftrag des ZMSBw:
Buchschniede von Dataform Media GmbH
Julius-Raab-Straße 8
2203 GroÙebersdorf, Österreich

Kontaktadresse nach EU-Produktsicherheitsverordnung:
info@buchschniede.at

ISBN: 978-3-99203-159-7

URN: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:po79-opus4-9200>
DOI: <https://doi.org/10.48727/opus4-920>

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary	5
1 Einleitung	6
2 Sicherheits- und Bedrohungsgefühl	8
3 Russland als militärische Bedrohung	14
4 Verteidigungsausgaben und Personalumfang	19
5 Einstellungen zum Neuen Wehrdienst	23
6 Öffentliche Wahrnehmung und Akzeptanz der Bundeswehr und ihrer Aufgaben	27
7 Außenpolitische Grundhaltungen	42
8 Einstellungen zur NATO-Bündnisverteidigung	52
9 Einsätze der Bundeswehr im Ausland	62
10 Deutschlands Engagement in EU und Vereinten Nationen	70
11 Militärische Unterstützung der Ukraine	74
12 Persönliche Verteidigungsbereitschaft	78
13 Dienst in der Bundeswehr	85
14 Fazit zur Wehrbereitschaft in Deutschland	99
15 Methodologie	102

Executive Summary

- Die ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026 wurde vom 20. April bis 24. Mai 2026 durchgeführt. Sie ist repräsentativ für die in Privathaushalten lebende deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren. Befragt wurden 2.232 Bürgerinnen und Bürger (Abschnitt 15).
- Die Bürgerinnen und Bürger bewerten ihre **persönliche sowie die nationale und weltweite Sicherheitslage** weiterhin deutlich schlechter als vor 2022. Steigende Preise werden aktuell als das mit Abstand größte Risiko für die persönliche Sicherheit empfunden. Die Sorge vor **militärischen Bedrohungen** bleibt vergleichsweise groß (Abschnitt 2).
- Zwei Drittel der Befragten nehmen **Russland als militärische Bedrohung** für die Sicherheit Deutschlands wahr. Einzige Ausnahme ist die Wählerschaft der AfD (Abschnitt 3).
- Eine absolute Mehrheit plädiert für eine weitere **Steigerung der Verteidigungsausgaben** (58 Prozent) und einen weiteren personellen Aufwuchs der Bundeswehr (64 Prozent). Diese finanzielle und personelle Stärkung wird quer durch die Gesellschaft mehrheitlich unterstützt (Abschnitt 4).
- Der **Neue Wehrdienst** erfährt in der Bevölkerung große Akzeptanz. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Zuspruch zum Wehrdienst nochmals gestiegen (59 Prozent; +6 Prozentpunkte) – auch bei den jüngeren Befragten (Abschnitt 5).
- Der **gesellschaftliche Rückhalt für die Bundeswehr** ist unverändert groß: 84 Prozent der Bürgerinnen und Bürger haben eine positive Einstellung zur Bundeswehr. 87 Prozent vertrauen ihr. Diese wohlwollende Grundhaltung besteht in allen Bevölkerungsgruppen. Die Aufgaben der Bundeswehr in der Landes- und Bündnisverteidigung sind gesellschaftlich akzeptierter als die Aufgaben im Bereich des internationalen Krisenmanagements (Abschnitt 6).
- Eine Auswertung der außenpolitischen Grundhaltungen zeigt: Eine Mehrheit (51 Prozent) befürwortet weiterhin eine **aktive deutsche Außenpolitik**, allerdings fällt dieser Zuspruch deutlich geringer aus als im Vorjahr (-7 Prozentpunkte). **Pazifisten sind eine Minderheit in der deutschen Bevölkerung**, während die Realisten in allen Bevölkerungsgruppen in der Mehrheit sind – sowohl vor als auch nach 2022 (Abschnitt 7).
- Während sich eine nahezu unverändert große Mehrheit prinzipiell zur NATO bekennt, ist die öffentliche Unterstützung für die **Sicherung der NATO-Ostflanke** im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Dennoch befürwortet eine absolute Mehrheit (55 Prozent) einen deutschen Waffengang im Falle eines russischen Angriffs auf ein östliches NATO-Land. Das **Vertrauen in die USA als Bündnispartner** bleibt beschädigt, gleichwohl spricht sich eine unveränderte Mehrheit (58 Prozent) für die Einbindung der USA in die Sicherheit Europas aus (Abschnitt 8).
- Die **Auslandseinsätze der Bundeswehr** zum Schutz der NATO-Ostflanke erfahren im Durchschnitt weiterhin deutlich mehr Zustimmung als die Einsätze im Bereich des internationalen Krisenmanagements (IKM). Im Vergleich zu 2025 hat sich die öffentliche Meinung zu den IKM-Einsätzen nochmals verschlechtert (Abschnitt 9).
- Die Haltung der Bevölkerung zur **EU-Verteidigungszusammenarbeit** und zu Deutschlands **Engagement in den Vereinten Nationen** bleibt mehrheitlich positiv, die Zustimmung ist im Vergleich zum Vorjahr aber gesunken (Abschnitt 10).
- Die **militärische Unterstützung der Ukraine** wird überwiegend befürwortet, insbesondere Waffenlieferungen stoßen in weiten Teilen der Bevölkerung aber auch auf Bedenken – vor allem in Ostdeutschland und bei Wählerinnen und Wählern der AfD (Abschnitt 11).
- Im Falle eines militärischen Angriffs auf Deutschland würden 35 Prozent der Befragten **Deutschland mit der Waffe verteidigen**. Die persönliche Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich für die Verteidigung Deutschlands anderweitig einzusetzen (z.B. im Zivilschutz), ist zum Teil deutlich stärker ausgeprägt (Abschnitt 12).
- Die wahrgenommene **Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber** für junge Menschen sinkt seit Jahren – dieser Trend setzt sich aktuell fort. Das konkrete Interesse junger Männer (16–29 Jahre) am Soldatenberuf ist im Vergleich zum Vorjahr allerdings gestiegen. Zudem hat jeder dritte junge Mann und fast jede fünfte junge Frau grundsätzlich **Interesse am Neuen Wehrdienst**. Annähernd 70 Prozent dieser Interessierten können sich auch eine berufliche Tätigkeit als Soldat bzw. Soldatin in der Bundeswehr vorstellen (Abschnitt 13).

1 Einleitung

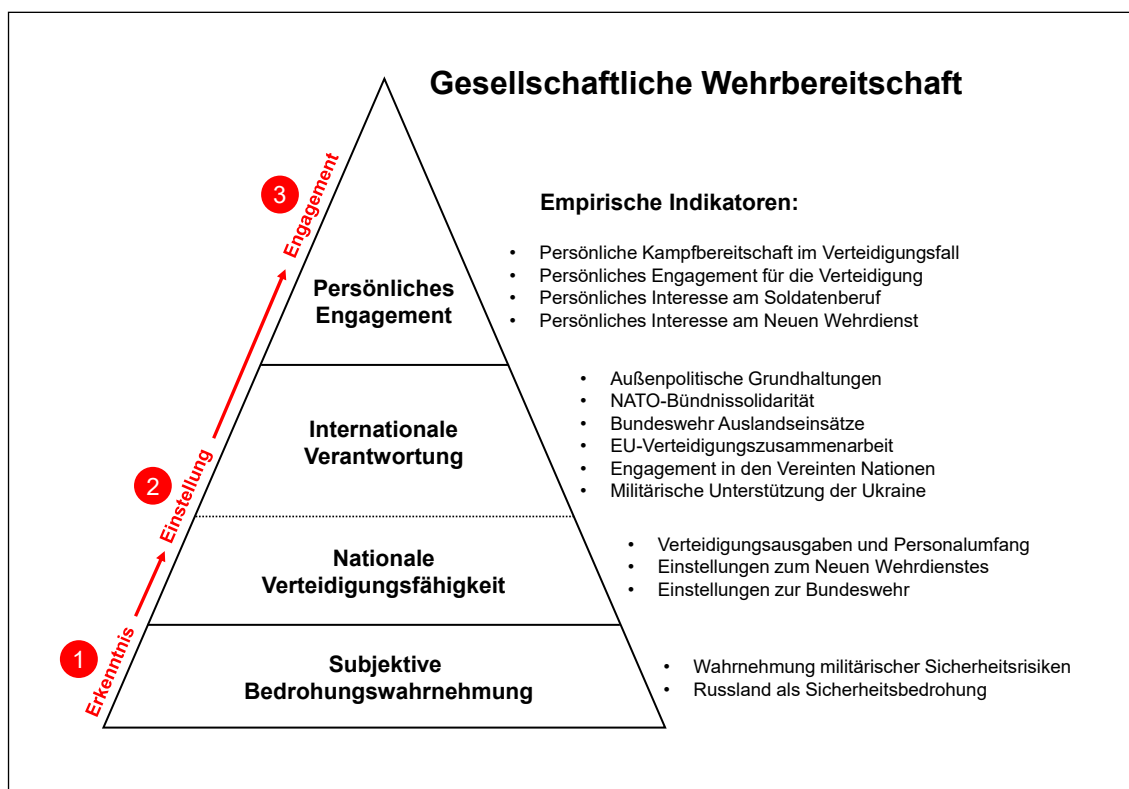
Angesichts der militärischen Bedrohung durch Russland und des Rückzugs der USA als Sicherheitsgarant Europas investiert Deutschland massiv in seine Verteidigungsfähigkeit, was von einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger begrüßt wird. Dennoch werden in der öffentlichen Debatte Zweifel an der gesellschaftlichen Wehrbereitschaft geäußert – Zweifel, die Deutschlands Verbündete verunsichern, den Aggressor ermutigen und das Vertrauen der Bevölkerung in die eigene Widerstandsfähigkeit unterminieren können. Sind diese Zweifel berechtigt? Wie wehrbereit ist die deutsche Bevölkerung?

Der vorliegende Forschungsbericht beleuchtet die Frage der gesellschaftlichen Wehrbereitschaft auf Grundlage der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026. Der Auswertung der empirischen Daten liegt die Annahme zugrunde, dass die gesellschaftliche Wehrbereitschaft mehrere Ebenen hat (vgl. Abbildung 1.1): Grundlage der Wehrbereitschaft ist die subjektive Wahrnehmung einer (militärischen) Bedrohung für die eigene Sicherheit (*Erkenntnis*). Darauf baut die individuelle Einstellung zur kollektiven Verteidigung gegen die Bedrohung auf (*Einstellung*). Diese zweite Ebene lässt sich differenziert betrachten als Einstellung zur nationalen Verteidigungsfähigkeit einerseits und zu Deutschlands Verantwortung und Engagement für die internationale Sicherheit andererseits. In letzter Konsequenz stellt sich die Frage, ob und wie die Bürgerinnen und Bürger sich persönlich für die Verteidigung einsetzen würden – im Militär und darüber hinaus (*Engagement*). Jede Ebene der Wehrbereitschaft lässt sich mit mehreren Indikatoren empirisch messen.

Dem schematischen Aufbau in Form einer Pyramide liegt die Annahme zugrunde, dass nicht alle drei Ebenen der gesellschaftlichen Wehrbereitschaft gleich stark ausgeprägt sind. Selbst wenn eine Mehrheit der Bevölkerung die gleiche Bedrohungswahrnehmung und Einstellung zur Verteidigungspolitik teilt, wird nur ein vergleichsweise kleiner Teil in den Streitkräften dienen bzw. einen bewaffneten Verteidigungsbeitrag leisten. Die Erfahrung aus Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine bestätigt diese Annahme.

Wie ist die Wehrbereitschaft der deutschen Bevölkerung ausgeprägt? Umfangreich empirisch belegt ist, dass Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht nur eine Zeitenwende in der deutschen Verteidigungspolitik ausgelöst hat, sondern auch eine „Zeitenwende in den Köpfen“ vieler Bürgerinnen und Bürger: Seit 2022 sehen zwei Drittel in Russland eine militärische Bedrohung und eine klare Mehrheit unterstützt die Stärkung der nationalen Verteidigungsfähigkeit und bekennt sich zur Verteidigung von (Bündnis-)Partnern. Die Zeitenwende steht somit auf einem breiten gesellschaftlichen Fundament, das sich in den letzten Jahren zudem als äußerst robust erwiesen hat.

Abbildung 1.1: Schematische Darstellung der gesellschaftlichen Wehrbereitschaft und Übersicht empirischer Indikatoren



Vor diesem Hintergrund rückt in der öffentlichen Diskussion und militärischen Planung zunehmend die Spitze der gesellschaftlichen Wehrbereitschaft in den Blick – die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich persönlich für die Verteidigung einzusetzen: Wie groß ist das Interesse junger Menschen am Neuen Wehrdienst und am Soldatenberuf? Wer und wie viele würden im Falle eines militärischen Angriffs auf Deutschland mit der Waffe kämpfen? Und wie groß ist die Bereitschaft, sich anderweitig für die Verteidigung Deutschlands zu engagieren?

Der vorliegende Forschungsbericht beantwortet diese und weitere Fragen zur gesellschaftlichen Wehrbereitschaft in Deutschland auf der Grundlage der Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) – der umfangreichsten repräsentativen Bevölkerungsbefragung zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Deutschland. Seit 1996 leistet die jährliche ZMSBw-Bevölkerungsbefragung einen wichtigen empirischen Beitrag zur Transparenz und demokratischen Kontrolle der Bundeswehr sowie zum öffentlichen Diskurs über Deutschlands Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.